

Umlauf

Für die Wissenschaft, die dem Sozialismus dient

UNIVERSITÄTSZEITUNG

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

LEIPZIG
14. 7. 1966
10. JG. / 33603
15 PFENNIG

28



Wir unterwerfen uns nicht Bonner Gesetzen Unser Staat ist die DDR

Prof. Dr. Hermann Budzinski, Fakultät für Journalistik

Groteske Zumutung
Wer mir sagt, ich könne ihn besuchen, da er eine Woche lang die bei ihm herrschenden Kriminalgesetze gegen mich anwenden würde, fordere ich, daß ich mich moralisch und juristisch in die Rolle eines Angeklagten versetzen lasse, der schwerer Verbrechen dringend verdächtig ist. Die Bonner Regierung möchte sich durch diese Rechtskonstruktion betrieblen lassen, daß wir alle, Bürger der DDR, ihrer Gewissenshaftigkeit und ihrer Justizgewalt unterworfen sind. Sie wäre dann bereit, uns in Einzelzellen und nach ihrem Ermessen die Erlaubnis zu erteilen, der zeitweilig aufgeführten Inhaftierung und Verhaftung noch einmal zu unterliegen. Diese Zumutung ist grotesk, um ernsthaft erörtert zu werden.

Wir werden den völkerrechtlichen Alleinherrschaftsanspruch der Bonner Regierung über deutsche Territorien niemals anerkennen. Wir protestieren gegen die einseitige Umverteilung der DDR einer fremden Justiz unterwerfen zu wollen und

damit den Frieden in Europa ernstlich zu gefährden.
FDJ-Kreisleitung der Karl-Marx-Universität:

Studenten der Arbeiterklasse
Wir werten die Rechtsanmaßung der Bonner Regierung als Versuch, die Verständigung der Arbeiterklasse und aller Friedenskräfte in Deutschland zu verhindern, als die juristisch fixierte Konzeption ihrer Aggressionsabsichten gegen die DDR und das sozialistische Lager.
Unsere Arbeit im Studentensommer wird darauf gerichtet sein, alle Studenten zum festen unerschütterlichen Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse zu erziehen, unsere sozialistische Jugendorganisation zu festigen und für die Verwirklichung des Programms der Partei in den Kampf zu führen. Studenten der Karl-Marx-Universität sind Studenten der Arbeiterklasse.

Prof. Dr. Johannes Rößler, Direktor des Herder-Instituts:
Das ist Revanchismus
Es ist kaum zu fassen: Die Bundestagsfraktion der SPD hat den revanchistischen Politikern der CDU/CSU zugestimmt, daß der Geltungsbe-

reich des neuen westdeutschen Strafgesetzes auch auf die Deutsche Demokratische Republik ausgedehnt wird. Sie will das auch von ihr als dringend notwendig bezeichnete deutsche Gespräch unter Bedingungen durchführen, die die Gesprächspartner aus der Deutschen Demokratischen Republik in der Bundesrepublik unter Ausnahmezustand als freies Geleit erkennen. Damit soll demonstriert werden, daß es die Deutsche Demokratische Republik gar nicht gibt.
Wer bisher nicht wußte, was Revanchismus ist, der muß es jetzt, nach dieser ungeheuerlichen Anmaßung des westdeutschen Bundestages wissen. Alle anständigen Deutschen in Ost und West fordern ich auf, die Zurücknahme dieser empörenden Entscheidung zu fordern.

Medizinstudenten, Gruppe II/5: Aggressiver Unrechtsakt
Mit großer Empörung hörten wir von der Bonner Rechtsanmaßung, dem vom westdeutschen Bundestag am 23. Juni dieses Jahres verabschiedeten Gesetz über die Anwendung westdeutscher Gesetze auf Deutsche, die Staatsangehörige anderer Länder sind. Es handelt sich um einen aggressiven Unrechtsakt der Bonner Regierung, da dieses Gesetz gegen das Völkerrecht verstößt. Damit wird das expansionistische Bestreben der deutschen Imperialisten nach Vorcherrschaft in Deutschland deutlich. Es soll gleichzeitig der Redneraustausch zwischen den beiden größten deutschen Parteien und jeder weitere Schritt zur Entspannung und Normalisierung in Deutschland und Europa verhindert werden.

Das Gesetz ist ein Beweis dafür, daß sich Bonn die Wiedervereinigung Deutschlands immer noch auf der Grundlage der Liquidierung der DDR vorstellt.
Wir Studenten protestieren energig gegen diesen Willkürakt und fordern im Interesse der Entspannung und Erhaltung des Friedens, alle gesetzlichen Bestimmungen, wonach deutsche Bürger anderer Länder, besonders die Bürger der DDR, den Bonner Gesetzen unterliegen sollen, aufzuheben.
Prof. Dr. Horst Haase, Direktor des Instituts für Deutsche Literaturgeschichte:
Eine persönliche Beleidigung für mich
Die DDR ist der erste deutsche Staat, in dem das Volk

wirklich frei ist, der bei den Völkern Anerkennung genießt und in dem die Ideen der größten Söhne unseres Volkes, Karl Marx und Friedrich Engels, Wirklichkeit werden. Ich bin stolz auf diesen Staat und bemühe mich nach Kräften, ihn zu stärken und zu festigen. Und deshalb empfinde ich es auch als eine persönliche Beleidigung, wenn das Bonner Parlament sich anmaßt, über mich und alle Bürger dieses heute das wahre Deutschland verkörpernden Staates juristisch verfügen zu wollen. Das ist Revanchismus in Aktion! Das macht erneut deutlich, wie nötig es ist, unsere Staatsgrenze gut zu bewachen und zur Verteidigung unserer Erbkulturschätze bereit zu sein! Das zeigt aber auch, wie wenig ernsthaft die Wehrer Erben an einer echten Diskussion über die nationalen

Grundfragen interessiert sind. Denn solche Beschlüsse und Maßnahmen dienen dem zweifellos nicht.
Statistikstudenten (3):
Geschlossen zur vormilitärischen Ausbildung
Wir warnen Bonn! Wir stehen fest hinter der Politik unserer Partei und Regierung und sind jederzeit bereit, die DDR gegen jede offene Aggression zu verteidigen. Die Bereitschaft drückt sich aus in der geschlossenen Teilnahme unserer Gruppe an der vormilitärischen Ausbildung im Juli/August dieses Jahres.
Weitere Stellungnahmen veröffentlichten wir auf Seite 3



In Hamburg und in München (unser Bild) gingen in der vorigen Woche - ähnlich wie bereits im Februar in Westberlin - starke Polizeiaufgebote mit brutaler Gewalt, mit dem Knüttel und mit Wasserwerfern gegen Studenten und Werktätige vor, die mit Transparenten und Sprechchören die unverzügliche Einstellung der USA-Aggression in Vietnam forderten. Es gab zahlreiche Verletzte.
Foto: Zeitschrift

Diskussionsbeitrag zu den bevorstehenden Prüfungsauswertungen in den Lagern

Es überrascht heute niemanden mehr, daß in gesellschaftswissenschaftlichen Fächern, erst recht da, wo Marxismus-Leninismus direkt verlangt wird, das Manifest der Kommunistischen Partei zum Prüfungsstoff gehört. Immerhin schien es, als spüre mancher erst in der Prüfung, daß das keine Frage der Pietät gegenüber den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus ist.
Das heißt nicht, das Manifest sei nicht gelesen worden. Sicher - vielleicht sogar zuerst, dann einschlägige Lehrbücher, danach vielleicht Dokumente unserer Partei und des XXIII. Parteitag, schließlich Veröffentlichungen der Tagespresse. Und so weiß der Prüfling über Manifest zu berichten, nennt die fünf Merkmale des Imperialismus, zitiert eine Einschätzung des Parteitag und zählt die Verbrechen des amerikanischen oder deutschen Imperialismus in den letzten Wochen oder Jahren auf, eins nach dem andern.
Konkret: In einer Prüfung der Kulturwissenschaftler kam die Frage, wie Marx und Engels im Kommunistischen Manifest die Klassen der Bourgeoisie und des Proletariats charakterisieren und welche Bedeutung das für die westdeutsche Situation habe. Und es folgte die richtige Antwort, daß "die Epoche der Bourgeoisie ... die Klassengegensätze vereinfacht hat". Ein paar Sätze danach war

zu hören, in Westdeutschland seien die Klassenverhältnisse komplizierter geworden, und der Widerspruch wird dem Studenten offenbar gar nicht bewußt - hier Manifest, da Einschätzung der Situation in Westdeutschland.
"Es kommt nicht nur darauf an, das Kommunistische Manifest zu lesen, sondern zu wissen, was kann man heute damit anfangen... Ihr werdet sehen und verstehen, daß der Dialog, den wir gegenwärtig mit der SPD führen, Kommunistisches Manifest in Aktion ist." (Paul Fröhlich während des Pfingsttreffens der Jugend in Leipzig.)
Jeder weiß, daß "das eigentliche Resultat ihrer (der Arbeiter) Kämpfe... nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter" ist. Wer das Manifest studiert, hat gelesen: "Diese Organisation der Proletarier zur Klasse, und damit zur politischen Partei, wird jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst. Aber sie erhebt immer wieder, stärker, fester, mächtiger." Und wer überlegt hat: "Was kann man heute damit anfangen?", dem passiert nicht, daß er Mittel für den Zweck, den Weg fürs Ziel nimmt, daß ihm eine von der imperialistischen westdeutschen Regierung verhinderte Versammlung Rätsel aufgibt für den weiteren Verlauf unserer nationalen Politik.



Nun ist Rätselraten mit wissenschaftlicher Arbeit überhaupt nicht recht vereinbar. Daß es einem doch begegnet, gerade wo aktuelle Politik zur Debatte steht, läßt demnach nur den Schluß zu, daß Studium von Theorie und praktischer Politik unserer Partei nicht von jedem als ernsthafte wissenschaftliche Arbeit aufgefaßt wird, daß Oberflächlich- und Diagonalkenntnis hier - oft im Gegensatz zur Spezialdisziplin - geduldet werden.
Erhebt sich die Frage nach der Reaktion der FDJ-Gruppe, der Studiengruppe. Wir stellen sie und erfragen, daß bei den Kulturwissenschaftlern des 1. Studienjahres Studiengruppen kaum existieren, jedenfalls keine Arbeitsgremien sind, daß der Lehrkörper durch studiengruppenweise Pflichtkonsultationen diese Organisationsform erst wieder bewußt machen mußte - ohne sonderliche Erfolge. Das Thema scheint uns wert, im Mittelpunkt der Prüfungsaus-

wertungen in den Sommerlagern zu stehen. Zumal wir die gleiche Situation, einen Schein dunkler oder heller, in Russischprüfungen der Journalisten, in Politikprüfungen der Staatsbürgerkundelehrer trafen. Erst recht schließlich angesichts solcher Kontraste, wie sie die Noten der Kulturwissenschaftler ausweisen. In einem runden Dutzend Prüfungen sowohl zwei Vierer, eine Fünf als auch drei Einsen! Verantwortung für den Nebenmann! - es kann so schwer nicht sein, dieser These Leben zu geben.
Wohlgemerkt, es nützt herzlich wenig, abstrakt die Vorteile der Studiengruppenarbeit zu beleuchten - das wäre billiger und werbewirksamer Aufgab. Die Kulturwissenschaftler z. B. müssen spüren in solchen Auseinandersetzungen, daß ihnen eine echte Studiengruppenarbeit die Schwierigkeiten hätte ersparen können, die zutage traten, als die Anwendung verschiedener Einschätzun-

gen des XXIII. Parteitag gelindert wurde (wobei sich gerade die Auswertung des XXIII. Parteitag nicht auf die Studiengruppen reduzieren durfte, Genosse Parteisekretär, Genosse FDJ-Sekretär!)
An solchen handgreiflichen Fragen: Wie sie in den verschiedenen Gruppen aufgetreten sind, muß deutlich werden, daß Studiengruppenarbeit mehr als nur eine Organisationsform der wissenschaftlichen Arbeit für Studenten ist, vielmehr für sie die Form sozialistischer Gemeinschaftsarbeit überhaupt, also eines gesetzmäßigen Bestandteils der Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung.
Es geht im Grunde um dasselbe, was seit Monaten im Mittelpunkt der Arbeit steht - die Erziehung wissenschaftlich hochgebildeter Klassenkämpfer. So stark auch der Akzent auf der Forderung nach konsequentem politischem Engagement liegt - wir haben immer und immer wieder betont: Das erlaubt nicht einen Abstrich von den Anforderungen an die Studienleistungen. Es geht um nichts anderes, als die Anreizung der Fähigkeit und Bereitschaft beim Studium des Kommunistischen Manifestes wie im eigenen politischen Auftreten, in der Studiengruppenarbeit wie bei der Auswertung von Parteidokumenten philosophische Grundlagen, historische Gesetzmäßigkeiten und Zusammenhänge zu erkennen und zu nutzen.
R. Möbius
(Rolf Möbius)